Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 150 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 26. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung von Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1500,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

26. 5. a Nr. 239 150
62. Jahrgang.

Kietz & Co. G.m.b.H. Bau- und Industrie-Hölzer Berlin N.W.7. Mittelstraße 24. Zentrum 11566 u. 10836

Französische Mord- und Diebeskniffe.

Aus dem Ruhrgebiet weiß die französische Pressepropaganda fortlaufend von allerlei gegen die „friedliche Durchdringung" gerichteten Gewaltakten zu erzählen. Bald ist bei dieser oder jener Ortschaft angeblich die Telephonleitung zerschnitten oder der Schienenweg aufgerissen worden, bald hat man einen französischen Soldaten oder Offizier tätlich angegriffen, ein Vergehen, das in der Tat gegenüber denjenigen unerhört ist, die gewohnt sind, die wehrlose Bevölkerung tagtäglich mit Reitpeitsche und Schießgewehr zu behandeln. Jedesmal aber folgt jenen angeblichen, gegen die französischen Truppen sich richtenden Akten die schärfste Strafe auf dem Fuß. Bei der Gemeinde X ist ein Telephondraht zerschnitten worden: die Gemeinde zahlt 75 Millionen Mark Geldstrafe binnen 48 Stunden. Bei der Gemeinde Y hat man eine Eisenbahnschiene losgeschraubt: der Bürgermeister, die Beigeordneten und ein paar Bürger werden als Geiseln festgesetzt und der Gemeinde selbst eine schleunigst zu entrichtende Geldstrafe von 50 oder 60 Millionen Mark auferlegt. Im Bereich der Gemeinde Z sind französische Soldaten, richtiger gesagt, Raub- und Diebesgesellen, tätlich angegriffen worden, sie haben darauf ein paar angebliche Angreifer erschossen, aber die Gemeinde wird gleichwohl mit einer schweren Geldstrafe bedacht, der Belagerungszustand wird über sie verhängt, die Einquartierung verstärkt und so ein Teil der Bevölkerung aus seinen Wohnungen vertrieben. So ungefähr lauten die häufig noch durch schwere Gefängnisstrafen verschärften „Sanktionen", mit welchen die Einbrecher an der Ruhr Tag für Tag gegen die Bevölkerung wüten und sich selbst den Beutel füllen. Niemals versäumt der französische Pressedienst bei derartigen Berichten auf die böswillige Verstocktheit der Bewohner des Ruhrbezirks und auf die von dem edlen Frankreich geübte Gerechtigkeit hinzuweisen.

An der Ruhr selbst und am Rhein allerdings raunt man von Mund zu Mund sich andere Kunde. Alle Städte und Orte, alle Straßen, Eisenbahnlinien, Postämter, Telegraphenlinien usw. sind über und über mit französischen Truppen besetzt, werden Tag und Nacht aufs schärfste bewacht, und dennoch wächst anscheinend ständig die Zahl jener mit schweren „Sanktionen", vornehmlich aber mit hohen Geldstrafen belegten Vergehen. Dabei gelingt es fast niemals, der Täter habhaft zu werden. Wie ist das möglich? so fragt man an der Ruhr. Einfach nur dadurch, daß die Franzosen selbst jene Sabotageakte veranlassen oder vornehmen, selbst die Bevölkerung zu Tätlichkeiten aufreizen, um dann mit jenen „Sanktionen" vorgehen, Geldstrafen verhängen, Beschlagnahmen unter schicklichem Vorwand durchführen zu können.

Das ist in der Tat als richtig anzunehmen, denn derartige Praktiken sind in der glorreichen französischen Armee nicht unbekannt. Selbst die entsetzlichen Vorgänge in Mannheim haben dort ihre Vorgänger gehabt. So zitiert André Lorulot in seinem Buche Barbarie universelle auf Seite 94 nach dem „Temps" vom 19. Januar 1901 den Fall eines Völkerstamms, der die französischen Truppen gut aufgenommen und ihnen sogar Lebensmittel gebracht hatte, der aber trotzdem niedergemetzelt wurde, weil man ohne eine solche Metzelei den Eindruck der Macht nicht glaubte hervorrufen zu können. Daß dieses Ziel durch die Metzeleien von Essen und Mannheim erreicht worden wäre, werden sich indes die Urheber jener Mordtaten nicht einbilden dürfen. In ganz Deutschland weiß man, daß darin nichts anderes zum Ausdruck kommt, als feige Angst und Wut über eine Bevölkerung, der man mit allen Gewaltmitteln nicht beikommen kann. Derselbe Lorulot zitiert übrigens auf Seite 111 seines Buches nach einem Artikel von Paul Ginisty im „Gil Blas" das Wort eines französischen Kolonial-Generals, dem man meldete, daß ein neuer Volksstamm seine Uebergabe anbiete, und der darauf erwiderte: „Nein! Auf unserm linken Flügel steht dieser brave Oberst X, der noch nichts gehabt hat. Ueberlassen wir ihm diesen Volksstamm zur Vernichtung. Das wird ihm einen Siegesbericht eintragen. Danach kann man die Uebergabe annehmen." Aehnliches berichtet General Peroin in der Nummer 2003 der „Ere Nouvelle" vom 29. April d. J., wo er von französischen Kolonial-Offizieren erzählt, die ihm zugestanden haben, daß es, um irgend ein Gebiet zu erobern, ein landläufiges Mittel war, einen Eingeborenen zu dingen, der einen Europäer ermordete. Dieser Mord diente dann als Vorwand zu Repressalien, aus welchen sich die Eroberung des begehrten Gebietes ergab.

Es sind, wohlgemerkt, Franzosen, die das berichten, und uns die Rezepte mitteilen, nach welchen man jetzt offenbar auch an der Ruhr arbeitet. Wenn man daher von Sabotagen oder gar von Tätlichkeiten, an Mitgliedern der französischen Truppen begangen, auch weiterhin liest, so wird man sich der hier mitgeteilten Rezepte erinnern und daran denken müssen, daß ihre Anwendung den Einbrechern an der Ruhr nur die Vorwände zu ihren „Sanktionen" liefern soll. Das weiß man man an der Ruhr recht gut, aber auch außerhalb des Ruhrbezirks und jenseits der deutschen Grenzpfähle soll man es wissen.

Große Anfragen über die Unruhen im Ruhrrevier.

Die Deutsche Volkspartei des Preußischen Landtages hat folgende große Anfrage, unterzeichnet Dr. v. Campe und Dr. Kalle, eingebracht: In Gelsenkirchen und anderen Orten des Ruhrgebietes sind gefährliche Unruhen ausgebrochen. Was hat die Staatsregierung getan, um dem Ausbruch dieser Unruhen vorzubeugen, was ist geschehen und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um ähnliche Unruhen unmöglich zu machen oder doch im Keime zu ersticken?

Amtl. Dollarkurs: 55 500.

Nachbörslich neue Rekordkurse für Devisen.

Die Kommunisten als Werkzeug der Franzosen.

Englische Warnung.

A. **London**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Ein Artikel der „Times" betont die Notwendigkeit, daß die neue englische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit der allgemeinen europäischen Lage zuwenden müsse, die von Tag zu Tag schlimmer werde, namentlich hinsichtlich der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß die französische Regierung an ihrer Ruhrpolitik festhalte und dabei auf die entschiedene Unterstützung der französischen Kammer finde. Auch die letzte französische Regierungskrise dürfe darüber nicht hinwegtäuschen. Was die deutsche Regierung zu tun beabsichtige, sei unbekannt. Vom englischen Standpunkt aus müsse jedoch verlangt werden, daß die deutsche Industrie in der Garantiefrage mit herangezogen werde.

Die Unruhen in Deutschland dürften sich nicht ausbreiten. Die Franzosen dürften diese Unruhen nicht zulassen in einem Gebiet, das sie selbst der Polizei beraubt hätten. Die Ermunterung der kommunistischen Bewegung seitens Frankreichs sei ein Fehler, den bereits Deutschland in Rußland begangen und später bitter bereut habe. Die untätige (?) Haltung der Franzosen gegenüber den Unruhen bedeute eine große Gefahr nicht allein für Deutschland, sondern letzten Endes für Frankreich selbst. Eine bloß abwartende Politik, die immer von neuen Gewaltmaßnahmen begleitet sei, müsse immer tiefer ins Chaos hineinführen. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen der französischen und belgischen Minister einen neuen Weg finden werden.

Der ganze Artikel der „Times" macht einen recht resignierten Eindruck. Im sozialistischen „Daily Herald" wird mitgeteilt, daß in Berliner unterrichteten Kreisen bereits vor drei Wochen die gegenwärtigen Unruhen vorausgesagt wurden.

Eine „wahnsinnige" Politik.

London, 26. 5. (W. T. B.) „Westminster Gazette" schreibt, daß Belgien anfange, daran zu zweifeln, ob es klug war, das Ruhrunternehmen zu unterstützen. Es habe nichts wesentliches für seine Mühe erhalten. Die belgischen Staatsmänner seien besorgt über eine Lockerung der Bande, die die Alliierten zusammenhielten. Dies sei die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz über die Reparationen zwischen Frankreich und Belgien. Wie gefährlich die Lage sowohl für Frankreich als auch für Deutschland geworden sei, zeige sich aus der Ausbreitung des kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet hervor. Wie es Stadt Essen. Gelsenkirchen sei vollständig in Händen der Kommunisten. Die deutschen Behörden seien, da ihre Polizei aus diesem Gebiet weggeschickt wurde, nicht in der Lage, solchen Unruhen entgegenzutreten. Sie hätten um Erlaubnis ersucht, Polizeikräfte nach dem Unruhegebiet zu senden, aber die französische Antwort werde sicherlich ablehnend sein. Aber dann könnten die Franzosen nicht neutral bleiben, wie sie es jetzt täten. Entweder müßten sie die Verantwortung für die Ordnung im Gebiet, das sie besetzt haben, übernehmen, oder sie müßten diese Verantwortung anderen übertragen.

Poincaré könne nicht zu gleicher Zeit zurücktreten wollen, weil die Kommunisten in Frankreich nicht mit Strenge bestraft werden, und ihnen gestatten, im Ruhrgebiet zu tun, was ihnen gefalle.

Es gäbe französische Publizisten, die jede Bewegung begrüßen, die Deutschland zu ruinieren drohe, da sie der Ansicht seien, daß die deutsche Regierung in panischer Furcht alle Bedingungen annehmen werde. Dies sei nicht nur eine kurzsichtige, sondern eine wahnsinnige Politik.

Die Franzosen gegen die Verstärkung der Polizei.

th. **Gelsenkirchen**, 26. 5. (Eigenbericht.) General Denvignes hat das Gesuch der deutschen Behörden, die Verstärkung der Schutzpolizei zu genehmigen, abgelehnt. Der Vertreter des Düsseldorfer Regierungspräsidenten ist daraufhin beim General Degoutte vorstellig geworden.

Die Gelsenkirchener Polizeiexekutive

Gelsenkirchen, 26. 5. (W. T. B.) Die Polizeiexekutive ist in Tätigkeit getreten. Sie erließ folgende Bekanntmachung: 1. Alle Bevölkerungskreise werden aufgefordert, sich unbedingt den Anordnungen zu fügen. 2. Der Ausschank von Alkohol wird verboten. 3. Von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens sind die Straßen für den Verkehr gesperrt. 4. Der Lebensmittelverkauf wird kontingentiert. Gegen Plünderer wird rücksichtslos mit den denkbar schärfsten Strafmaßnahmen vorgegangen werden. Die Regierungsstellen haben sich an General Degoutte gewandt mit dem Ersuchen, für Gelsenkirchen Schutzpolizei zuzulassen. Daraufhin hat der Exekutivausschuß erklärt, er lehne jede Verantwortung für neues Blutvergießen ab, falls nach Gelsenkirchen Schupo gelegt würde.

Die kommunistischen Hundertschaften gegen den gewerkschaftlichen Ordnungsdienst.

Gelsenkirchen, 26. 5. (Mtb.) Die Kommunisten weigern sich, von ihren Führern selbst angeregten Abkommen Folge zu leisten und wollen an dem Ordnungsdienst die Gewerkschaften nicht teilnehmen lassen.

Angriff der Hundertschaften auf die Feuerwehr.

2 Tote, 33 Verwundete.

Bochum, 26. 5. (W. T. B.) In den gestrigen Abendstunden rückten einige kommunistische Hundertschaften vor das Gebäude der Feuerwehr und forderten die Uebergabe und Entwaffnung der Mannschaften, was abgelehnt wurde. Darauf griffen die Kommunisten die Feuerwehr mit Revolvern und einem Steinhagel an. Gegen 9 Uhr abends machte die bedrohte Feuerwehr von der Waffe Gebrauch; die Feuerwehr war inzwischen durch neue Beamte verstärkt worden. Bei dem Feuergefecht gab es mehrere Verwundete und einen Toten.

Um 11½ Uhr nachts griffen die Kommunisten, die ebenfalls Verstärkungen erhalten hatten, nochmals an. Bei der Schießerei wurde eine Person getötet und eine große Anzahl verwundet. Wie heute morgen durch die Feuerwehr festgestellt worden ist, gab es gestern 2 Tote und 33 Verwundete; unter den Verwundeten befinden sich 1 Kommunalbeamter und 1 Feuerwehrmann. Die Angreifer bestanden in überwiegendem Maße aus unbekannten Elementen.

Die deutsche Industrie leistet Bürgschaft.

Heute Verhandlungen über die Grundlage des deutschen Angebots.

Die Reparationsfrage ist heute in ihr entscheidendes Stadium getreten. Nach dem Versailler „Vertrage" haften das Reich und die Länder mit ihrem Vermögen für die Lasten, die sich aus dem Versailler Diktat ergeben. Diese Garantien reichen jedoch nicht aus. Die deutsche Wirtschaft wird deshalb die nötigen Zusatzbürgschaften liefern. Einem dahingehenden Ersuchen der Reichsregierung folgend, hat sich jetzt die deutsche Industrie bereit erklärt, diese Zusatzbürgschaften zu stellen. Die Bürgschaften sind gestern im einzelnen formuliert und zusammengestellt worden. Wie wir hören, ist jedoch die Leistung dieser Zusatzbürgschaften mit bestimmten Forderungen verknüpft worden. Das Schriftstück wird dem Reichskanzler heute nachmittag übergeben werden. Die einzelnen Punkte, besonders diejenigen, die die Forderungen der Industrie betreffen, sollen dann noch mit dem Reichskanzler besprochen werden.

Mac Kenna zur Uebernahme des Schatzkanzlerpostens bereit.

A. **London**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Nach der gestern abend erfolgten Veröffentlichung der neuen Ministerliste kann man feststellen, daß die Bemühungen Baldwins, eine Einigung mit der Chamberlain-Gruppe herbeizuführen, endgültig gescheitert sind, zur großen Befriedigung der Die-Hards nahestehenden Kreise. Das Kabinett Baldwin wird also als Vertretung des rechten Flügels der Partei anzusehen sein.

Einen großen Gewinn für das Kabinett bedeutet es, daß sich Mac Kenna bereiterklärt hat, in zwei oder drei Monaten den Posten des Schatzkanzlers anzunehmen. Kenna gehörte früher der Liberalen Partei an. (Er war unter Asquith seinerzeit Schatzkanzler. Red.), hat aber bereits das Kabinett Bonar Law persönlich unterstützt. Er ist einer der führenden Persönlichkeiten der englischen Finanzwelt und mehrfach in entscheidender Weise für eine Lösung der Reparationsfrage auf rein geschäftsmäßiger Basis eingetreten. Daß er erst in einiger Zeit zur Uebernahme des Schatzkanzlerpostens bereit ist, hängt mit seiner kürzlich durchgemachten Krankheit zusammen.

Nachdem die früheren konservativen Minister des Koalitionskabinetts von Lloyd George den Eintritt in das Baldwin-Kabinett abgelehnt haben, kann man feststellen, daß eine Einigung der konservativen Partei auf absehbare Zeit als ausgeschlossen gelten kann. Das Kabinett Baldwin ist dadurch auf eine schmalere Basis gestellt, als Baldwin selbst es wünschen.

Die Streiklage.

th. **Gelsenkirchen**, 26. 5. (Eigenbericht.) Im Laufe des gestrigen Abends haben die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen und der Kontrollausschuß mit der Stadtverwaltung die Frage erörtert, wie die Lebensmittelversorgung in Gelsenkirchen sichergestellt werden könnte. Es wurde eine Preisliste festgesetzt, die ungefähr den von der Bewegung geltenden Preisen entspricht. Aber es wird bald müßig sein, über den Verkauf und die Preise für Lebensmittel zu verhandeln. Heute morgen hingen schon in den meisten Geschäften Schilder: „Ausverkauft. Die Kommission."

Die Streikbewegung ist sichtlich zurückgegangen. Zur Morgenschicht sind die meisten Zechen mit Ausnahme von denen, auf denen gewisse Eingriffe der Franzosen Proteststreiks ausgerufen worden sind, wieder angefahren. Die Belegschaften fast vollständig angefahren. Allerdings haben im Laufe des Mittags starke Stoßtrupps linksradikaler Arbeiter von Rottbausen kommend die Belegschaften, zum Beispiel der Rhein-Elbe-Gruben gewaltsam zum Ausfahren gezwungen. Aus diesem Grunde hat sich die heute morgen sehr günstig scheinende Lage der Arbeitsverhältnisse bedeutend verschlechtert.

Castrop, 26. 5. (T. U.) Hier haben die Kommunisten sämtliche Zechen stillgelegt.

ir. **Remscheid**, 26. 5. (Eigenbericht.) Hier und in anderen benachbarten Städten sind in mehreren größeren Werken die Arbeiter der Metallindustrie wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Sie fordern eine 50 % Lohnerhöhung und eine Wirtschaftsbeihilfe, die je nach der Lohnstufe gestaffelt werden soll. U. a. befinden sich auch die Arbeiter der Mannesmannwerke im Ausstande.

ir. **Schwelm**, 26. 5. (Eigenbericht.) Die Erwerbslosen haben heute dem Landrat Forderungen übergeben, die auf 150 000 ℳ Beihilfe für die Feiertage und freies Gas und elektrisches Licht lauten.

Dortmund, 26. 5. (T. U.) Trotz Abratens der Regierung haben die Gewerkschaften beschlossen, sich zwecks Bildung einer kommunalen Polizei an die Franzosen zu wenden.

Im Landkreis Dortmund haben die Kommunisten die Zeche „Preußen I" bei Lütgen besetzt. Die Polizei säuberte die Anlage, wobei sie von den Aufrührern mit Revolvern, Maschinenpistolen, von denen die Polizei eine erbeutete, beschossen wurden. Die Polizei befindet sich zurzeit, da sie unter Munitionsmangel leidet, in ernster Gefahr. Die Aufrührer hatten fünf Schwerverletzte.

Im Bezirk Lünen sind durch die Polizei gestern 10, heute 30 Haupträdelsführer festgenommen und abgeschoben worden. Der gestern von den Aufrührern auf der Zeche „Preußen I" festgesetzte Bergassessor Schulte konnte durch die Polizei befreit werden.

bd. **Düsseldorf**, 26. 5. (Eigenbericht.) Der Straßenbahnverkehr in Düsseldorf ist jetzt vollständig lahmgelegt worden, da die Arbeiter auf den städtischen Werken in den Streik getreten sind und die Elektrizitäts- und Gaswerk nicht weiter bedienen. Die Stillegung der Straßenbahnen nach den Vororten haben die Franzosen als eine „Sanktion" wegen Nichtbezahlung der Kohlensteuer angesehen.

Schriftliche Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel.

Die Konferenz um 8 bis 10 Tage verschoben. — Ein belgisches Reparationsgutachten. — Nutzbarmachung deutscher Staatsmonopole.

S. **Paris**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Gestern abend traf am Quai d'Orsay die Nachricht aus Brüssel ein, daß die für morgen bis übermorgen angesetzte Ministerkonferenz nun endgültig auf acht bis zehn Tage wegen Erkrankung Jaspers verschoben werden muß. Indessen hat die belgische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten zwei Schriftstücke überreichen lassen, die bis dahin als schriftliche Verhandlungsbasis dienen sollen. Es handelt sich hauptsächlich um belgische Sachverständigengutachten über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der von ihm zu verlangenden Garantien. Es wird z. B. mit der Schaffung mehrer deutscher Staatsmonopole gerechnet, so z. B. eines Monopols für Alkohol, Zucker, Tabak usw., woraus zugleich mit einer Eisenbahnreform ein Jahresertrag von über 2 Millionen Goldmark zugunsten des Reparationskontos errechnet wird.

Da das französische Budget für 1923 immer noch nicht verabschiedet ist, hat die Regierung der Kammer eine neue Gesetzesvorlage zugehen lassen, die ein weiteres Monatszwölftel für den Juni bewilligen soll. Die Kammer wird darüber am Dienstag beraten.

Der Präsident der französischen Kammer, Raoul Peret, muß sich auf ärztlichen Rat wegen Ueberanstrengung drei Wochen Schonung auferlegen.

Wie wir bereits gestern meldeten, ist das Abkommen wegen der Bezahlung der amerikanischen Besatzungskosten gestern in Paris unterzeichnet worden. Diese Kosten in Höhe von über eine Milliarde Goldmark müssen demnach Amerika in zwölf Jahresraten vom Jahre 1923 an zurückerstattet werden. Ob von den alliierten Finanzministern am 11. März v. J. getätigte Vertrag bleibt also von diesem neuen Vertrage unberührt. Die Amerika zugebilligten Annuitäten genießen einen Vorrang vor sämtlichen Barzahlungen Deutschlands auf Reparationskonto. Indessen gehen diese Prioritäten nicht über 25 % der deutschen Barzahlungen hinaus.

Telegramm zwischen Millerand und König Georg.

Paris, 26. 5. (T. U.) Der Präsident der Republik richtete an den König von England anläßlich des Empire Day nachstehendes Telegramm: „Ich bitte Ew. Majestät anläßlich des Empire Day die aufrichtigsten Wünsche entgegen zu nehmen, die ich für das Gedeihen des Vereinigten Königreichs, der Dominions und des Indischen Kaiserreichs empfinde, und ergreife diese Gelegenheit, ein Ew. Majestät die Wünsche zum persönlichen Wohlergehen und dem Ihrer Majestät der Königin und der königlichen Familie, der ich meine ehrerbietigste Huldigung zu übermitteln bitte, auszusprechen."

Der König von England hat mit folgendem Telegramm geantwortet: „Ich danke Ihnen auf das Wärmste meinerseits und von seiten der Königin sowie meiner Familie und im Namen des Reichs für die Freundschaftsgrüße anläßlich des Empire Day. Bei dieser Gelegenheit freut es mich aufs neue, meine lebhafte Achtung und herzlichen Wünsche für ihr persönliches Wohlergehen und das Gedeihen der französischen Nation, die so eng mit dem Reich durch Bande der Freundschaft und gemeinsame Anstrengungen verbunden ist, zum Ausdruck zu bringen."

Massenvertreibungen von Eisenbahn- und Postbeamten.

bd. **Düsseldorf**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Die Franzosen haben den Befehl erlassen, daß die Familien von 48 Ausgewiesenen, darunter die des Bürgermeisters Dr. Kötgen, des Bürgermeisters Schmidt usw. binnen kurzer Frist ihre Wohnungen räumen müssen. Gestern wurde eine große Anzahl Eisenbahner verhaftet, weil sie nicht in den Dienst der Franzosenregie übertreten wollten; sie werden sicherlich ausgewiesen werden. 15 Beamte der Station Duisburg, die auf Huckinger Gebiet wohnen, mußten sich zwecks Ausweisung bei der Besatzungsbehörde melden.

Aus Wiesbaden wurden neuerdings 18 Eisenbahnbeamte, 15 Postbeamte höheren und mittleren Grades, ein Stadtverordneter und der Kartellvorsitzende des Verbandes christlicher Gewerkschaften, Grün, weiter Forstrat Meyer vom Regierungspräsidium und der Direktor der städtischen Handelsschule Knoll ausgewiesen. In Geisenheim a. Rhein traf das gleiche Schicksal die Professoren von der Hehde und Schulz.

Aus dem Direktionsbezirk Ludwigshafen wurden von den Franzosen gestern 49 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 67 Kindern ausgewiesen. Ihre Möbel wurden beschlagnahmt.

Französische Angst vor „Sabotage".

ht. **Mainz**, 26. 5. (Eigenbericht.) Der Bezirksdelegierte für den Stadtkreis Koblenz teilt einen Befehl der Interalliierten Rheinlandkommission vom 23. Mai mit, wonach infolge von „Sabotageakten", die an verschiedenen Punkten des Schienenweges begangen wurden, jeder Verkehr sowohl zu Fuß wie auch von Fahrzeugen jeder Art einschließlich Motor- und Fahrrädern in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bis auf weiteres auf der linken Rheinseite im Landkreis Koblenz und dann auf dem ganzen Weg rheinaufwärts bis Bingerbrück einschließlich des Verkehrs innerhalb der Ortschaft Bingerbrück verboten ist. Ferner ist jeder Verkehr mit Automobilen, Motorrädern usw. nicht nur in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, sondern überhaupt auf der Rheinstraße von Bingerbrück rheinabwärts bis Koblenz untersagt.

Die Vollstreckung des Todesurteils gegen Schlageter verschoben.

rb. **Düsseldorf**, 26. 5. (Eigenbericht.) Die Vollstreckung des vom französischen Kriegsgericht über den Kaufmann Schlageter verhängten Todesurteils ist noch nicht erfolgt. Eine Entscheidung, ob und wann das Urteil vollstreckt werden wird, ist noch nicht getroffen.

Zwischen Krieg und Frieden im Orient.

Griechische Rüstungen in Saloniki. — Die türkische Bevölkerung verläßt Adrianopel.

S. **Paris**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Ueber die Lage auf dem Balkan berichten die heutigen Pariser Morgenblätter unter anderem folgendes: Nach einer Meldung des „Matin" aus Athen hat die türkische Zivilbevölkerung Adrianopel geräumt. Nach dem „Excelsior" treffen die Griechen in Saloniki umfassende militärische Vorbereitungen. So seien dort zahlreiche Offiziere und Stäbe eingetroffen, die sich sogleich an die „Front" begeben haben. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß man binnen weniger Tage vor ernsten Ereignissen stehen könne. Auf griechischer Seite seien alle Kriegsvorbereitungen bereits so weit gediehen, daß eine besondere Mobilisierung nicht mehr erforderlich sei.

Aus Lausanne liegen heute Meldungen vor, die erkennen lassen, daß die Entscheidung zwischen Krieg oder Frieden noch immer in der Schwebe liegt.

Die französische Regierung übt nach hiesigen Blättermeldungen auf die Türken nach wie vor in Lausanne einen starken Druck aus, um sie zur Mäßigung zu bringen.

Heute entscheidende Aussprache in Lausanne.

d. **Lausanne**, 26. 5. (Eigenbericht.)

Zu der alarmierenden Havasmeldung, daß der Rat der Kommissare in Angora die Zurückziehung der türkischen Delegation von der Orient-Konferenz beschlossen habe, falls die Griechen keine Entschädigung zahlen wollen, wird in türkischen Konferenzkreisen erklärt, daß der Delegation von einem derartigen Beschluß nichts bekannt sei. Auch die andere, ihr widersprechende Meldung, daß die Angora-Regierung mit der Abtretung von Karagatsch an Stelle einer Kriegsentschädigung einverstanden sei, wenn es sich um die ganze Linie von Lüle Burgas bis Karagatsch handele, wird von den Türken als unrichtig bezeichnet.

Reuter meldet aus Konstantinopel: Die Regierung von Angora hat das Angebot betreffend Abtretung von Karagatsch an die Türkei angenommen unter der Bedingung, daß Griechenland außerdem eine große Summe für den Unterhalt heimatloser mohammedanischer Bewohner von Jonien bezahlt. Die öffentliche Meinung in Angora will keinen Schritt weiter tun.

Die Lage in Lausanne ist so verworren, daß man mit größter Spannung der heute stattfindenden Aussprache zwischen den alliierten und den griechischen und türkischen Delegierten entgegensieht, von der wahrscheinlich das ganze Schicksal der Orient-Konferenz abhängen wird.

Der Alkoholkrieg an der amerikanischen Küste.

Boykott der Häfen.

Paris, 26. 5. (T. U.) Die Schiffe der Transatlantisch-Spanischen Gesellschaft werden vom 1. Juni ab in Havanna und Veracruz anlaufen. Sie werden sich künftig von den Häfen der Vereinigten Staaten fernhalten, weil die Entscheidung des Staatsgerichtshofes betreffend Alkoholgetränke an Bord von Schiffen den spanischen Gesetzen zuwider sei.

Washington, 26. 5. (Reuter.) Die britische Botschaft hat dem Staatsdepartement eine Darstellung der britischen Auffassung bezüglich der von amerikanischer Seite getroffenen Bestimmung, wonach kein Schiff innerhalb der Dreimeilenzone Spirituosen an Bord haben darf, zugestellt. Die britische Auffassung geht dahin, daß die amerikanischen Hafenbehörden nach dem internationalen Recht keine Jurisdiktion über Alkohol haben, der sich in angemessener Menge an Bord fremder Schiffe befindet und nicht zur Einfuhr in die Vereinigten Staaten bestimmt ist.

Vor einem neuen Bergarbeiterstreik in England?

A. **London**, 26. 5. (Eigenbericht.) Wie die Blätter melden, muß mit der Gefahr eines neuen englischen Kohlenkrieges gerechnet werden. Die Abstimmung über die Kündigung der bisherigen Lohnvereinbarung hat eine Mehrheit für die Kündigung ergeben. Die Konferenz der Vertreter der Minenarbeiter, die nächste Woche zusammentritt, wird sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Man hält es jedoch für unwahrscheinlich, daß sie eine sofortige Kündigung vorschlagen werde. Die Kündigungsfrist für das Abkommen beträgt 2 Monate.

Russisch-französisches Handelsabkommen.

S. **Paris**, 26. 5. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris" haben Joffé und Goto ein neues Handelsabkommen zwischen Rußland und Japan abgeschlossen. Japan verlangt weitgehende Garantien zum Schutz seiner Interessen in Sibirien. Die Sowjetregierung verlangt dagegen ihre völlige Anerkennung. Es heißt, daß Japan zum Abschluß dieses Vertrages sich habe bewegen lassen, weil es den Ausbau des englischen Flottenstützpunktes Singapore mit Besorgnis betrachtet.

Höllein „provisorisch" freigelassen.

Paris, 26. 5. (T. U.) Es bestätigt sich, daß Höllein provisorisch in Freiheit gesetzt worden ist, jedoch verbleibt er bis auf weiteres im Hospital, weil es nach einer Verfügung des Ministers des Innern halten muß, namentlich aber wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes.

Essen, 25. 5. Hier kam es heute zu Lebensmittelunruhen auf dem Weberplatz, dem Koppstadtplatz und dem Gänsemarkt. Das Pfund Fleisch mußte zu 3000 Mark verkauft werden.

pn. **München**, 26. 5. (Eigenbericht.) Einer Aufforderung des bayerischen Landtags entsprechend hat die bayerische Staatsregierung zur Schaffung des Staatspräsidenten einen Gesetzentwurf eingebracht, der dem Ministerrat beschäftigen und der dem Landtag demnächst zugehen wird.

Deutschland praßt.

Von **Erich Lilienthal.**

Es macht kein Vergnügen, dauernd das Lied von der deutschen Armut zu singen, dauernd dem Auslande zu erzählen, wie hoch die Not gestiegen und wie schauerlich die Zukunft ist, der Millionen alternder Menschen entgegengehen. Die Ausländer aber, die mit ihrem „richtigen" Gelde in Deutschland herumreisen, wissen Räubergeschichten über deutschen Reichtum, Prasserei und Verschwendung, über die Eleganz und das noble Auftreten der „reichen" Deutschen. Sie berichten auch, daß in Italien und der Schweiz die besten Gasthöfe von Deutschen „wimmeln", die nicht schlechter gekleidet sind und nicht sparsamer leben als die Reisenden der anderen Völker. Was ist an diesen Behauptungen wahr und wie kommen diese Urteile zustande? Die Welt hat sich seit dem Kriege das Lügen angewöhnt, und sie lügt, wenn es sich um Deutschland handelt, fast immer, auch wenn sie glaubt, wohlwollend zu sein. Jeder Ausländer fühlt sich als eine Art Polizist der Weltmeinung, wenn er irgendwo einem Deutschen begegnet; jede Flasche Wein, die ein Deutscher draußen trinkt, wird zum Sinnbild der deutschen Prasserei oder des deutschen Reichtums. Aber es ist unwahr, daß das Ausland von Deutschen wimmele. In Italien wie in der Schweiz verschwinden die paar Deutschen unter den Besuchern aus anderen Nationen. Die Zahl der dort reisenden Deutschen erreicht nicht ein Prozent der Vorkriegszeit. Hiervon sind mehr als dreiviertel Geschäftsleute.

Was bedeuten diese Hunderte gegen sechzig Millionen? Was bedeuten diese wenigen gegen das große deutsche Volk, das in absehbarer Zeit niemals die Mittel haben wird, auch nur einen Kilometer über die deutsche Grenze herauszukommen?

Aber, sagen die wohlwollenden Ausländer, in Berlin, auf dem Kurfürstendamm, sehe ihr die Deutschen prassen. Geht durch die überfüllten Lokale, nirgends ein Platz! Ueberall wird reichlich gegessen und getrunken! Hat schon einer dieser Ausländer darüber nachgedacht, wie wenige Menschen diese feinen Kneipen, nicht nur am Kurfürstendamm, sondern in ganz Groß Berlin zu fassen vermögen? Im Verhältnis zu den Berliner Massen spielen sie überhaupt keine Rolle. Höchstens hunderttausend von allen Bewohnern haben je solche Kneipen betreten. Sicherlich gibt's da noch deutsche Stammgäste, die überwiegende Mehrheit aber besteht aus Ausländern, Zugewanderten, fremden Besuchern und deutschen Schmarotzern dieser Gäste mit ihrem sehr erheblichen weiblichen Anhang.

Wenn man jetzt an einem Feiertag in eine der großen volkstümlichen Gaststätten an den Waldrändern um Berlin ging, dann konnte man Deutschlands Verarmung wirklich sehen. Wie war es früher hier? Tisch an Tisch, eine bunte Menge in neuen Kleidern, runde rotbackige Kinder, dicke Männer und Frauen, lachend und schwatzend. Kellner liefen ununterbrochen mit schweren Brettern, schafften Bier und Kaffee, Kuchen und Torten. Jedes Kind hatte seinen Obstkuchen mit geschlagener Sahne, Zuckerzeug und frische Milch. In den Weinabteilungen knallten vom frühen Vormittag an die Pfropfen, Tausende aßen hier ihr Wiener Schnitzel, ihr Huhn oder ihr Kotelett. Es gab Gemüse und Obst, Südfrüchte und Treibhauserzeugnisse zu Preisen, die jeder Bürger sich einmal leisten konnte. Vor den Gaststätten hielten Autos und Fuhrwerke, standen Händler mit Lärminstrumenten, Stocklaternen und Ballons. Abends zog alles gesättigt, und manchmal mehr wie gesättigt, nach Hause, stürmte massenhaft in jedes Verkehrsmittel, das sich darbot — damals war ein im Gedränge entstandener Riß im Kleide oder ein schmutzig gewordener Anzug ein leicht vergessenes und überwundenes Malheur.

Heute beginnt der Pfingstausflug für Großstadtfamilien auf andere Weise. Wer Geld hat, kann Straßenbahn fahren, die Masse wandert stundenlang durch die staubige Stadt. Tage vorher bäkt man mit möglichst wenig Kohle, Margarine, Mehl und Zucker magere Kuchen. Man spart selbst mit dem Papier zum Einwickeln und sucht nach der Schnur aus echtem Hanf, die man sorgfältig aufgehoben hat. Die vorbeifahrenden Autos — Deutschland hat weniger Personenautos als jedes andere Land gleicher technischer Kultur — ärgern die Spaziergänger, denn sie bestauben die teuren Kleider und erwecken Neid. An Ort und Stelle packt man den Kuchen aus und hebt Schnur und Einwickelpapier sorgfältig für das nächste Mal auf. Der Mann geht an den Baum, an dem die Preistafel mit dem sich ewig ändernden Kreidezahlen steht, und liest alles durch. Wohlhabende bestellen für jede Person eine Tasse Kaffee, manche leisten sich auch Bier. Auf dem Kuchenbüfett, es ist das alte von früher, auf dem damals Hunderte von Kuchen und Torten standen, verlieren sich drei, vier Schüsseln. Das ist der Vorrat des Wirts für die Feiertage. Er ist froh, wenn seine vielen tausend Besucher ihm den Kram abnehmen. Nirgends fällt ein lautes Wort, die blassen Kindern sitzen stumm bei den Erwachsenen und warten darauf, was ihnen zugeteilt wird. In der „Weinabteilung" sitzen ein paar junge Leute und trinken vornehm den gleichen schlechten Kaffee aus braunen Kännchen und müssen dafür ein Drittel mehr bezahlen. Sie essen auch fast nur mitgebrachten Kuchen. In einer Ecke steht auf einem Stuhl eine Flasche Mosel im Eiskühler. Dort ißt man etwas Warmes. Leute aus den billigen Regionen gehen vorbei, rechnen nach, was das Essen wohl kosten wird, und schimpfen auf die Schieber. Manchmal finden diese Schieber sogar Deutsche! Deutschland praßt . . .

Die Eisenbahnzüge aber waren doch überfüllt? Ja, alles, was jung war und wandern konnte, zog hinaus. Die Jugend hielt es in den Städten nicht mehr aus. Sie mußte aus der Enge in die Weite. Sie wollte für Stunden der ewigen Demütigung und Plagerei entfliehen, die Heimaterde an die Brust drücken und frei sein.

Haben die Ausländer, die so viel dummes Zeug über Deutschland reden, sich auf den Bahnhöfen die Jugend angesehen, die auszog, Pfingsten auf ihre Weise zu feiern? Das war die neue deutsche Art, mit der Armut fertig